

GOLDGRUBE KONZERNKLAGE

In Roşia Montană könnte sich ein Bergbaukonzern dank einer Investor-Staat-Klage eine goldene Nase verdienen

Mit einer Investor-Staat-Klage versucht der kanadische Bergbaukonzern Gabriel Resources, seine Pläne für eine illegale und potentiell hochgiftige Gold- und Silbermine im rumänischen Roşia Montană durchzusetzen. Das Projekt stößt auf starken Widerstand bei den Menschen vor Ort und liegt auf Eis, nachdem rumänische Gerichte mehrere bereits erteilte Genehmigungen als rechtswidrig aberkannt haben. Nun verklagt Gabriel Resources Rumänien wegen angeblicher Verzögerungstaktiken vor einem internationalen Schiedsgericht – eine juristische Hintertür, die dem Konzern Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe aus Steuergeldern einbringen könnte. Das Verfahren gibt einen Vorgeschmack auf jene Klagewelle, die auf die EU-Mitgliedsstaaten zurollen könnte, wenn Handelsabkommen wie das EU-Kanada CETA in Kraft treten.



Sieben Kirchen würden der Goldmine zum Opfer fallen.
Foto: Sebastian Florian

Titelbild: Daniel Vrabioiu

Seit 16 Jahren kämpfen die Menschen im rumänischen Roşia Montană gegen ein milliardenschweres Bergbauprojekt, das nicht nur die Umwelt, sondern auch ihr Dorf zerstören würde. Zusammen mit Nachbardörfern, Umweltaktivist*innen, Student*innen, Priestern, Wissenschaftler*innen und vielen Anderen gründeten sie „Save Roşia Montană!“ – die bis dato größte Bürgerbewegung Rumäniens seit der Revolution von 1989. Sie konnte den Bau der Mine bisher verhindern. Doch der Hauptanteilseigner des Projekts, der kanadische Konzern Gabriel Resources, nutzt jetzt ein paralleles Rechtssystem für ausländische Investoren, um die rumänische Regierung doch noch zum Einlenken zu zwingen: in einer Investor-Staat-Klage fordert Gabriel bis zu zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Landes als Entschädigung für entgangene Profite.

Die geplante Roşia Montană-Mine wäre Europas größter Gold-Tagebau. Riesige Gesteinsblöcke müssten gesprengt und verarbeitet werden. Um das Gold aus dem Fels zu extrahieren, würden jährlich zwölf bis 15 Millionen Kilogramm Zyanid – eine hochgiftige Chemikalie – eingesetzt und an die Umwelt abgegeben.¹ Das Europaparlament hat ein Zyanid-Verbot für den Bergbau gefordert, da „sich in den vergangenen 25 Jahren weltweit über 30 schwere Unfälle ereignet haben, bei denen Zyanid freigesetzt wurde“, und „es keine wirkliche Garantie dafür gibt, dass sich derartige Unfälle nicht wiederholen“.²

Das Bergbauprojekt Roşia Montană...stellt für die gesamte Region eine gravierende Umweltbedrohung dar.

Europaparlament in seinem 2004er Beschluss zum EU-Beitritt Rumäniens⁵

Eine der schlimmsten Umweltkatastrophen in Europa seit Tschernobyl ereignete sich im Jahr 2000 in der Nähe von Baia Mare, Rumänien. Dort brach ein Staudamm, der mit Zyanid vergiftetes Wasser aus einer Goldmine enthielt. Das Wasser ergoss sich über Ackerland und in die Flüsse. Fische starben tonnenweise und die Trinkwasservorräte von 2,5 Millionen Menschen in Rumänien und den Nachbarländern wurden vergiftet.³ Der Giftsee, den Gabriel Resources für die Roşia Montană Mine vorschlägt, wäre 130mal so groß wie der von Baia Mare.⁴

ÖKOLOGISCHE, SOZIALE UND KULTURELLE ZEITBOMBE

Doch der Widerstand gegen die Roşia Montană-Mine basiert nicht nur auf der katastrophalen Erfahrung mit der Zyanid-Verseuchung in Baia Mare. Die Menschen fürchten auch die langfristigen negativen Gesundheitsfolgen von Zyanid, Lärm und Staub. Und sie haben Angst vor dem Trauma der Vertreibung ganzer Kommunen mit all ihren Häusern, öffentlichen Plätzen, Kirchen, Friedhöfen und Wäldern. Studien über die Folgen von Bergbau aus anderen Ländern und Regionen zeigen, dass die Minen zwar eine zeitlang Arbeitsplätze schaffen, langfristig jedoch zumeist negative Folgen für die Wirtschaft vor Ort und die soziale Dynamik einer Gemeinschaft haben.⁶ Bereits heute ist Roşia Montană tief gespalten – zwischen denjenigen, die sich entschieden haben, von Gabriel Resources Geld zu nehmen und in die unmittelbare Nachbarschaft umgesiedelt wurden, und denjenigen, die weiter gegen die Mine kämpfen. Ein Dorfbewohner drückt es so aus: „Sie haben uns gespalten. Irgendwann vertragen sich Brüder nicht mehr miteinander und Kinder nicht mehr mit ihren Eltern...“.⁷

In Roşia Montană gibt es auch eine Reihe von Häusern und Kirchen aus dem 18. und 19. Jahrhundert sowie einige der bedeutendsten 2.000 Jahre alten Goldstollen weltweit. Sie stammen aus der Römerzeit oder sind vielleicht sogar noch älter.⁸ Die gesamte Gemeinde ist als historisches Monument von nationaler Bedeutung anerkannt.⁹ Dieses unschätzbare wertvolle architektonische Welterbe würde zerstört, würde das Bergbauprojekt verwirklicht.

Die Zerstörung von Roşia Montană – mit seiner mehr als 2.000jährigen Geschichte – durch die Umsiedlung der Bevölkerung, Zerstörung der Häuser (einschließlich der historischen Monumente) und Kirchen und die Umbettung der Toten auf den Friedhöfen ist inakzeptabel und erinnert an eine Zeit, von der bisher jeder annahm, dass sie längst vorüber ist.

Rumänische Akademie der Wissenschaften¹⁰

POWER TO THE PEOPLE

2013 war die Sorge um die verheerenden Auswirkungen der Roşia Montană Mine auf die Umwelt, die lokale Wirtschaft und das Kulturerbe Auslöser der bis dato größten Proteste in der post-kommunistischen Geschichte Rumäniens. Wochenlang gingen Zehntausende überall im Land und in der Diaspora auf die Straße, um gegen die Mine und ein Gesetz zu protestieren, das die Regierung des damaligen Premierministers Victor Ponta während der Sommerferien still und heimlich eingebracht hatte. Mit diesem Gesetz hätte das Projekt im Eilverfahren umgesetzt werden können: Es hätte den Befürworter*innen der Mine Sonderrechte zuerkannt, wie beispielsweise das Recht, Menschen notfalls mit Gewalt aus ihren Häusern zu vertreiben, bestimmte Genehmigungsverfahren zu übergehen und die Genehmigungen, die bereits gerichtlich entzogen worden waren, automatisch neu zu erteilen. Kritiker*innen wiesen darauf hin, dass dieses 'Roşia Montană-Gesetz' eindeutig gegen die Verfassung verstoßen und sowohl EU- als auch internationales Recht verletzt hätte.¹²

Die Demonstrant*innen forderten auch ein Verbot für den Einsatz von Zyanid im Bergbau und dass die Regierung Roşia Montană als UNESCO-Weltkulturerbe nominieren sollte. Die Bewegung wurde als „rumänischer Herbst“¹³ bejubelt, der der einst „lähmenden Apathie der rumänischen Zivilgesellschaft“ ein Ende setzte.¹⁴

Das verlassene Dorf Geamana bei Roşia Montană, überflutet von einem giftigen See, der durch eine Kupfermine entstanden ist. Wird Roşia Montană bald auch so aussehen?

Foto: Sergiu Bacioiu

BOX 1:

Die schmutzigen Fakten der Roşia Montană Mine¹¹

- **Vier** Berge würden gesprengt.
- **Zehn** Tonnen Dynamit würden täglich eingesetzt, um die Felsen zu sprengen. Dadurch würden viele Gebäude zerstört.
- **Drei** historische Dörfer würden dem Erdboden gleich gemacht.
- **975** Häuser und Kirchen würden abgerissen, **42** davon sind nationales Kulturerbe.
- Etwa **2.000** Menschen würden umgesiedelt und vertrieben.
- Während des 16jährigen Betriebs der Mine würden **240.000** Tonnen giftiges Zyanid verwendet – das entspricht der tödlichen Dosis für **600.000.000.000** Erwachsene!
- An jedem Betriebstag würden etwa **130kg** Zyanid in die Luft abgegeben.
- Die Mine würde einen mit Schwermetallen und Zyanid kontaminierten Abwassersee in der Größe von **420** Fußballfeldern hinterlassen.
- Die Lebensgrundlage von **6.000** Menschen, die flussabwärts leben, wäre gefährdet.





Überall in Rumänien gehen im September 2013 Zehntausende unter dem Slogan „Rettet Roșia Montană!“ auf die Straße“
Foto: Laura Muresan

Das ganze Land beteiligte sich am Protest und kam uns zu Hilfe, Menschen aus allen Landesteilen und Städten gingen auf die Straße.

Niculina Jefelea, Bewohnerin von Roșia Montană¹⁵

Auch zahlreiche namhafte Institutionen sprachen sich gegen die geplante Goldmine aus, unter anderem das höchste kulturelle und akademische Gremium Rumäniens (die Rumänische Akademie)¹⁶ die Wirtschaftsakademie Bukarest,¹⁷ die Rumänische Architektenkammer¹⁸ und verschiedene Kirchen.¹⁹ Auch die für die Kreditvergabe an den privaten Sektor zuständige Organisation der Weltbank, die Internationale Finanz-Corporation, weigerte sich, die umstrittene Mine zu unterstützen, mit Verweis darauf, dass „mit dem Projekt erhebliche ökologische und soziale Probleme verbunden“ wären.²⁰

Aufgrund des massiven öffentlichen Drucks lehnte das rumänische Parlament das Roșia Montană-Gesetz letztendlich ab.²¹ Im Dezember 2015 erklärte das Kulturministerium Roșia Montană zur historischen Stätte von nationaler Bedeutung. Damit wurde der Schutzstatus, der das Gebiet seit den frühen 1990er Jahren vor industriellen Aktivitäten wie Bergbauvorhaben abgeschirmt hatte, bestätigt und erweitert.²² Anfang 2017 stellte das Ministerium bei

den Vereinten Nationen den offiziellen Antrag, Roșia Montană in die Liste der UNESCO Weltkulturerbestätten aufzunehmen.²³ Und 2016 legte die rumänische Regierung dem Parlament den Vorschlag für ein zehnjähriges Moratorium für den Einsatz von Zyanid im Bergbau vor.²⁴

Dass die Bevölkerung dieses ungeheuer lukrative Bergbauprojekt stoppen konnte ... ist eine unglaubliche Errungenschaft.

Wissenschaftlerinnen Shaazka Beyerle & Tina Olteanu im *Foreign Policy Magazine*²⁵

KORRUPTER POLITIK, WACHSAME GERICHTE

Letztendlich wurde die Roșia Montană Mine von rumänischen Gerichten gestoppt. Umweltgruppen und Bürgerinitiativen hatten dort verschiedene Verfahren und Genehmigungen rumänischer Behörden beanstandet, die auf die Zustimmung zu dem Projekt hinausliefen, beispielsweise Lizenzen in Bezug auf Stadtplanung, Umwelt und Kulturerbe. In jedem einzelnen Fall entschieden die Gerichte, dass die Genehmigungen illegal erteilt worden waren – weil sie

gegen Umweltgesetze verstießen oder es auf Seiten der Behörden Ermessensfehler gegeben hatte. Insgesamt wurden zehn Genehmigungen und Pläne, die Gabriel Resources für den Betrieb der Mine benötigte, von den Gerichten annulliert – und zwar unwiderruflich. Seit den frühesten Planungen für die Mine gab es Anzeichen von Korruption, Täuschung und schlechtem Management auf Seiten des Unternehmens, von Regierungen und der für den Bergbau zuständigen Regulierungsbehörden. In einem jüngst veröffentlichten Artikel des *Foreign Policy Magazine* drücken es zwei Wissenschaftlerinnen so aus: „Am Roșia Montană Projekt zeigt sich, wie Akteur*innen mit bestimmten Eigeninteressen (darunter Medien und Politik), die von Bestechung und Missbrauch profitieren, versuchen, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Prozesse zu umgehen.“²⁶



„Konzerne sind keine Gesetzgeber!“

Es scheint, als hätte es eine enge Allianz der Gold Corporation mit dem gesamten politischen Spektrum und den Massenmedien gegeben.

Alexandra Manea, Rechtsberaterin bei der Weltbankgruppe²⁷

Als Gabriel Resources 1997 gemeinsam mit dem rumänischen Staatsunternehmen Minvest das Joint Venture Roșia Montană Gold Corporation (RMGG) gründete, wurde der Vertragsabschluss kritisiert, weil er öffentlichen Bekanntmachungsvorschriften widersprach. 1999 erhielt Minvest eine Lizenz zur Erschließung der Goldmine – allerdings ohne das erforderliche Ausschreibungsverfahren. Die Lizenz ist noch immer „eines der bestgeschützten Geheimnisse der rumänischen Regierung“, obwohl es laut einer Untersuchung des rumänischen Parlaments keine guten Gründe für diese Geheimhaltung gibt.²⁸ Eine

2013 an einen Sonderausschuss des Parlaments geschickte Liste von Beamt*innen, die finanziell von der RMGG profitierten, wird der Öffentlichkeit ebenfalls weiter vorenthalten.²⁹

Sie wenden dieselben Taktiken wie die [frühere Geheimpolizei] Securitate vor 1989 an: Einschüchterung, Täuschung, familiärer Druck, Korruption. Vor allem Einschüchterung.

Eugen David, Landwirt aus Roșia Montană & Präsident der Bürgerinitiative Alburnus Maior³³

Um den Widerstand gegen die Roșia Montană Mine zu de-legitimieren und unterdrücken, pumpte RMGG Millionen in Lobby- und Medienkampagnen. 2010 bezahlte das Unternehmen 20 Top-Journalist*innen und Medienmanager*innen einen 'Recherche-Trip' zu einer Goldmine in Neuseeland. Laut Medienberichten wurden dafür 10.000€ pro Kopf ausgegeben.³⁰ 2013 befand der rumänische Rundfunkrat (National Audiovisual Council of Romania, CNA), dass RMGG derart viel Geld in Fernseh- und Radiowerbung, Zeitungsannoncen und die Blogger-Sphäre investiert hatte, dass die Regulierungsbehörde einschritt und die Werbung des Unternehmens aus allen Kanälen verbannte.³¹ Anwohner*innen zufolge finanzierte RMGG auch Demonstrationen für die Goldmine und karrte so genannte Befürworter*innen nach Roșia Montană sobald Politik und Medien dort auftauchten³²

GABRIELS WAHRE GOLDMINE: ISDS

Trotz der Millionen-Kampagne wurde Gabriel Resources durch Gerichte und demokratischen Widerstand daran gehindert, die Mine zu erschließen. Doch jetzt nutzt der Konzern eine juristische Hintertür: Seit Juli 2015 verklagt er Rumänien in einem Investor-Staat-Schiedsverfahren (Investor-State Dispute Settlement, kurz ISDS).³⁴ Die Anklage lautet, dass das Land mehrere Verpflichtungen aus seinen bilateralen Investitionsschutz-Verträgen mit Kanada und dem Vereinigten Königreich verletzt habe, da es die erforderlichen Genehmigungen nicht erteilt habe. Pressemitteilungen zufolge will Gabriel bis zu vier Milliarden US-Dollar an Entschädigung für das Gold und Silber, das der Konzern nicht abbauen durfte.³⁵

Das entspricht etwa zwei Prozent der rumänischen Wirtschaftsleistung oder der Hälfte des jährlichen Gesundheitsetats des Landes. Das kostbare Gold kann man also getrost vergessen: die Klage könnte zur eigentlichen Goldmine für das Unternehmen werden.

Gabriel Resources macht absurde Schadensersatzansprüche geltend, obwohl die vielen Gerichtsprozesse, die wir im Laufe der Jahre gewonnen haben, die Rechtswidrigkeit der Roşia Montană Mine bewiesen haben.

Stefania Simion aus dem Rechtsberatersteam der Bürgerinitiative Alburnus Maior³⁶

Investor-Staat-Klagerechte sind Bestandteil tausender internationaler Handels- und Investitionsabkommen. Sie ermöglichen es Unternehmen, Regierungen zu verklagen, wenn Entscheidungen von Parlamenten, Regierungen und Gerichten angeblich die in den Verträgen garantierten weitreichenden Rechte ausländischer Investoren verletzen. Die Klagen finden unter Umgehung ordentlicher Gerichte vor einem internationalen Schiedsgericht aus drei Schiedsrichter*innen statt, die finanziell von dem System profitieren,³⁷ und entscheiden, ob private Profite über öffentlichen Interessen stehen. Häufig legen sie das Recht zugunsten der Investoren aus.³⁸ Weltweit haben Großkonzerne Dank solcher Schiedsverfahren Milliarden aus Steuergeldern zugesprochen bekommen – oft als Entschädigung für Maßnahmen im öffentlichen Interesse.³⁹

Durch einen Trick – nämlich geheime Handelsabkommen – versuchen Konzerne, das zu erreichen, was sie in einem offenen politischen Prozess nicht durchsetzen konnten.

Nobelpreisträger für Wirtschaft Joseph Stiglitz⁴⁰

BOX 2:

Aufschlussreiche Fakten aus der Welt der Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) ⁴¹

- Investor-Staat-Klagen sind in den letzten zwei Jahrzehnten wie Pilze aus dem Boden geschossen: Während es 1995 insgesamt gerade einmal drei bekannte Klagen gab, wurden in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt **49** neue Fälle pro Jahr eingereicht. 2015 gab es die absolute Rekordzahl von **74** neu eingereichten Klagen.
- Bis 1. Januar 2017 zählten die Vereinten Nationen **767** Investor-Staat-Klagen weltweit. Da die Schiedsverfahren unter bestimmten Umständen vertraulich behandelt werden können, könnte die tatsächliche Zahl jedoch wesentlich höher sein.
- Im Februar 2017 bezog sich **fast ein Viertel** aller beim Weltbank Schiedsgericht ICSID (International Centre for Settlement of Investment Disputes) anhängigen Verfahren – dort werden die meisten Investor-Staat-Klagen verhandelt – auf den Öl-, Gas- und Bergbausektor.
- **Ein Viertel** aller bisherigen Investor-Staat-Klagen wurde in einem Vergleich beigelegt, bei dem nicht unwahrscheinlich ist, dass Gelder gezahlt oder Gesetze und Verordnungen geändert wurden, um die Investoren zu besänftigen.
- Die Höhe der Entschädigung kann im zehnstelligen Bereich liegen. Die bisher höchste bekannte Schadenersatzsumme, **50 Milliarden US-Dollar**, wurde gegen Russland verhängt, für die früheren Mehrheitseigentümer des Öl- und Gasunternehmens Yukos.
- Bis zum heutigen Tag haben Großkonzerne und Superreiche am meisten finanziell profitiert: **94,5 Prozent** der bekannten Entschädigungszahlungen gingen an Konzerne mit einem Jahresumsatz von mindestens **einer Milliarde US-Dollar** oder an Individuen mit über **100 Millionen US-Dollar** Nettovermögen.⁴³
- Die Prozesskosten liegen im Durchschnitt bei **4,5 Millionen US-Dollar** pro Verfahren und Partei,⁴⁴ können jedoch auch viel höher sein. In der Klage gegen Russland stellten allein die Yukos-Anwält*innen **74 Millionen US-Dollar** in Rechnung und die drei Schiedsrichter bekamen **7,4 Millionen US-Dollar**.⁴⁵ Da die Prozesskosten der Partei, die gewinnt, nicht immer erstattet werden, kann es passieren, dass Staaten selbst dann die Rechnung bezahlen müssen, wenn sie nicht verlieren.

GEHEIMVERHANDLUNGEN UND WALL STREET-GELDER

Bis zum Zeitpunkt der englischen Original-Veröffentlichung dieser Studie (Februar 2017) hatten Gabriel Resources und die rumänische Regierung das Schiedsverfahren weitgehend vor der Öffentlichkeit geheim gehalten. Die wichtigsten Dokumente waren geheim und die erste Anhörung fand ohne Internet-Übertragung in Washington statt, so dass die Menschen in Rumänien die Verhandlung nicht verfolgen konnten. Bei ISDS-Verfahren ist es den Streitparteien überlassen, ob sie mehr Transparenz akzeptieren. Laut Marcos Orellana, dem Anwalt der Roşia Montană Bürgerinitiative Alburnus Maior, die im Verfahren angehört werden will, „ist es naheliegend, dass ... die rumänische Regierung nicht wollte, dass ihre Bürger*innen Zugang [zum Verfahren] bekamen“.⁴⁶ Aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit sind inzwischen allerdings mehr Dokumente auf der Verfahrensseite zu finden, darunter auch die Klageschrift des Konzerns.⁴⁷



Die Menschen in Roşia Montană haben sich als erste gegen das Goldminen-Projekt gewehrt.
Foto: Laura Muresan

Trotz der Geheimhaltung ist früh durchgesickert, dass Gabriels Klage vom Wall Street-Hedge Fonds Tenor Capital Management finanziert wird. Tenor zahlt Gabriels Anwalt*innen und erhält als Gegenleistung einen Anteil an der Entschädigung, die das Unternehmen möglicherweise bekommt.⁴⁸ Der Fonds hat bereits gut an der ISDS-Klage des kanadischen Bergbaukonzerns Crystallex verdient: Tenor wird 35 Prozent der 2016 gegen Venezuela verhängten Entschädigungssumme an Crystallex von sage und schreibe 1,4 Milliarden US-Dollar einstreichen – eine Rendite von über 1.000 Prozent auf die 36 Millionen US-Dollar, die Tenor in die Klage investiert hatte!⁴⁹ Mit Hilfe solcher Prozessfinanzierer können es sich Konzerne wie Gabriel leisten, Klagen in die Länge zu ziehen, was wiederum die Verteidigungskosten für Regierungen in die Höhe treibt und die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie vor Konzern-Forderungen kapitulieren.⁵⁰ Die Geldgeber unterstützen Investoren auch mit Dingen wie einem „Handbuch“ inklusive „Eskalationsplan“, der unter anderem weitere Gerichtsverfahren enthält sowie Medienkampagnen und Einfluss auf andere Verhandlungen, die das Land führt.⁵¹ Mit anderen Worten: Die Prozessfinanzierer arbeiten fleißig daran mit, Staaten zu einer Einigung zu drängen.

Wenn finanzstarke Prozessfinanzierer Konzern-Klagen gegen finanzschwache Regierungen unterstützen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Regierung kapituliert und die politischen Maßnahmen zurücknimmt, die die Konzerne beanstanden.

Umweltorganisation Sierra Club zur Finanzierung der Gabriel-Klage durch Tenor⁵²

KAPITULIERT DIE REGIERUNG VOR GABRIELS FORDERUNGEN?

Die Rechnung von Gabriel Resources scheint bereits aufzugehen. In einer Pressemitteilung des Unternehmens vom September 2016 wird von „Fortschritten“ in der Klage gegen Rumänien berichtet. Angeblich haben die Finanzbehörden des Landes eine frühere Forderung, der zufolge Gabriel bestimmte Steuererstattungen hätte zurückzahlen



Wenn Gabriel sich durchsetzt, wird diese schöne Gegend eine Mondlandschaft.
Foto: Stephanie Danielle Roth

BOX 3:

Wie Gabriel Resources die Investoren-Rechte in seiner Klage gegen Rumänien nutzt

Gabriel Resources hat seine 2015 eingereichte Investor-Staat-Klage damit gerechtfertigt, dass „mehrere rumänische Regierungen in Folge“ im Bezug auf die Roșia Montană-Mine „untätig geblieben sind“.⁶¹ Das Unternehmen hat seinen Hauptsitz in Kanada ist aber über ein Tochterunternehmen in der Steueroase Jersey Eigentümer seiner Vermögenswerte in Rumänien. Gabriel behauptet, dass der Staat drei Rechte ausländischer Investoren in seinen bilateralen Investitionsabkommen mit Kanada und dem Vereinigten Königreich verletzt hat: das Recht auf faire und gerechte Behandlung, den Schutz vor Diskriminierung und den Schutz vor direkter und indirekter Enteignung.⁶²

Im Hinblick auf **Enteignung** argumentiert Gabriel, dass verschiedene Handlungen, aber auch Untätigkeiten der rumänischen Regierung „den Betrieb der Mine blockiert und verhindert haben“, und damit Gabriel „tatsächlich vollständig um den Wert seiner Investitionen gebracht wurde“.⁶³ Der Konzern beansprucht „volle Entschädigung, weil er an seinem Recht, das Projekt zu entwickeln, gehindert wurde“.⁶⁴

Das Unternehmen argumentiert, dass die Garantie einer **fairen und gerechten Behandlung** in Rumäniens Verträgen „Investoren vor einer ganzen Reihe potenzieller Handlungen und Unterlassungen seitens des Gastlandes schützt“ wie beispielsweise „nicht konsistentes Handeln“ und „die Verletzung der legitimen Erwartungen des Investors“.⁶⁵ Gabriel nennt „ständige Verzögerungen bei den Genehmigungsverfahren“,⁶⁶ den „Antrag Rumäniens, Roșia Montană in die Liste der UNESCO-Weltkulturerbe aufzunehmen“⁶⁷ und die „Politisierung“ des Genehmigungsprozesses⁶⁸ als Beispiele für die unfaire Behandlung, die dem Konzern widerfahren ist. Ganz allgemein moniert Gabriel, dass die Roșia Montană-Mine „nicht mehr Gegenstand einer routinemäßigen, regulatorischen Überprüfung durch kompetente und dafür zuständige Behörden“ sei, sondern „zum Spielball von Konflikten zwischen rivalisierenden politischen Fraktionen geworden ist“.⁶⁹

Gabriel beschuldigt Rumänien auch der **Diskriminierung**.⁷⁰ Anhand der öffentlich zugänglichen Informationen ist jedoch unklar, was genau das Unternehmen damit meint.

Gabriel verlangt **Entschädigung** für die „erheblichen Verluste und den Schaden“⁷², den der Konzern erlitten hat. Er behauptet, mehr als 650 Millionen US-Dollar in die Erschließung der Roșia Montană-Mine investiert zu haben – für Studien, Untersuchungen, Ausrüstung etc.⁷³ Die tatsächliche Schadenersatzforderung ist aber vermutlich sehr viel höher und bezieht sich auch auf Werte, die Gabriel aus „der Abbaugenehmigung und den damit verbundenen Eigentumsrechten“⁷⁴ ableitet. Kurz gesagt: auf die Profite, die das Unternehmen erzielt hätte, wenn es in Roșia Montană Gold und Silber abgebaut hätte. Pressemeldungen zufolge will Gabriel bis zu vier Milliarden US-Dollar Entschädigung⁷⁵ – etwa zwei Prozent des rumänischen Bruttoinlandsprodukts bzw. die Hälfte des jährlichen Gesundheitsetats.

Gabriel muss nur in einem einzigen Klagepunkt Recht bekommen, um Entschädigung zugesprochen zu bekommen. Der Schiedsspruch könnte von fast jedem Gerichtshof weltweit vollstreckt werden.

Wir haben einen sehr erfolgs-
versprechende Klage über bis zu
vier Milliarden US-Dollar.

Jonathan Henry, Chef von Gabriel Resources⁷¹

müssen, „teilweise zurückgezogen“. Die Behörden haben anscheinend auch versprochen, die der Forderung zugrunde liegende Finanzprüfung, die Gabriel als „zeitraubend, teuer und ...missbräuchlich“ kritisiert hatte, zu „wiederholen“. Die zurückgezogene Steuerforderung belief sich auf etwa 8,6 Millionen US-Dollar.⁵³

Es ist nicht ungewöhnlich, dass eine Regierung ihr Verhalten ändert, wenn sie eine teure Investor-Staat-Klage kassiert oder angedroht bekommt. So legte Deutschland die erste Klage des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall mit einem Vergleich bei. Teil der Einigung war die Lockerung der Umweltauflagen beim Kohlekraftwerk Morburg.⁵⁴ Der US-amerikanische Bergbau-Gigant Newmont Mining nutzte eine Klage gegen Indonesien, um Ausnahmen von einem Bergbaugesetz zu erhalten – und zog die Klage zurück, sobald die Regierung den Wünschen des Konzerns nachgekommen war.⁵⁵

Bei der Vorbereitung einer Klage... sollten Investoren bedenken, dass rund 30 bis 40 Prozent der Schiedsverfahren mit einem Vergleich enden, bevor ein Urteil gefällt wird. Der Beginn einer Klage kann Druck erzeugen und dazu beitragen, das gewünschte Ergebnis zu erzielen.

Aus den „praktischen Tipps“ der Anwaltskanzlei Dentons für ausländische Investoren⁵⁶

ISDS ist so einseitig und unberechenbar und die Strafzahlungen, die die Schiedsgerichte verhängen können, sind so katastrophal hoch, dass es klug sein kann, sich den Forderungen eines Unternehmens zu beugen.

Journalist und Pulitzer-Preis-Gewinner Chris Hamby⁶⁰

Es gibt daher durchaus Grund zur Sorge, dass Gabriels Milliarden-Klage zu einem Kompromiss führen könnte, bei dem die Erschließung der Mine weiter verfolgt würde, selbst wenn sie nach rumänischem Recht illegal ist. Auf der Website des Unternehmens ist zu lesen, dass das Projekt „vollständig durchgeplant und derzeit in der Genehmigungsphase ist“.⁵⁷ Und in einer Unternehmens-Präsentation vom Februar 2015 heißt es, dass „ein Schiedsspruch“ den „Weg zur Erschließung des Projekts“ ebnen könnte.⁵⁸ Seit Einreichen der Klage hat Gabriel wiederholt betont, dass das Unternehmen „auf Führungsebene weiterhin den Kontakt zu den rumänischen Behörden sucht, um den Konflikt einvernehmlich beizulegen“ und die Mine zu erschließen.⁵⁹ Wenn das nicht gelingt, könnte Gabriel sich mit einer gewaltigen Summe öffentlicher Gelder als Entschädigung aus dem Staub machen.

RISIKO VON ISDS-KLAGEN IM STIL VON ROȘIA MONTANĂ STEIGT

Die Europäische Union verhandelt eine ganze Reihe von Handelsabkommen, die das ISDS-System massiv ausweiten würden. Staaten könnten so in bisher nie dagewesenen Umfang haftbar gemacht werden. Zu diesen Abkommen gehören die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP), über die seit 2013 mit den USA verhandelt wird, und das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) mit Kanada, das sich derzeit in der Ratifizierungsphase befindet.



In ganz Europa gehen Tausende gegen CETA und TTIP auf die Straße.

Foto: Global Justice Now

In Anbetracht der Größenordnung und der Ströme transatlantischer Investitionen wird die Aufnahme des ausländischen Investitionsschutzes in die Abkommen TTIP und CETA möglicherweise zu einer großen Anzahl an Klagen zwischen Investoren und Staaten sowie in der Folge zu höheren Rechtskosten und Entschädigungen in Milliardenhöhe führen, die aus den öffentlichen Haushalten bestritten werden müssen.

Stellungnahme von 101 Rechtsprofessor*innen aus 24 EU-Ländern gegen Investitionsschutz in CETA & TTIP⁷⁶

Allein TTIP würde alle bestehenden Verträge mit Investor-Staat-Klagerechten in den Schatten stellen. Auf einen Schlag würde die Zahl der US-Unternehmen, die vor internationalen Schiedsgerichten gegen ökologische, gesundheitliche und andere Maßnahmen in Europa klagen könnten, um das Elfache steigen. Und vier von fünf US-Unternehmen, die in Europa tätig sind (41.811), könnten auch ohne TTIP – auf Basis von CETA – gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten klagen, wenn sie ihre Investitionen über kanadische Tochtergesellschaften strukturieren.⁷⁷ Besonders im Bergbau-, Öl- und Gassektor würde sich mit CETA das Klagerisiko erhöhen, da kanadische Unternehmen hier viele Investitionen haben. Kanadische Bergbaukonzerne

BOX 4:

Kanadas schmutziges Geheimnis: Menschenrechtsverletzungen in der Bergbauindustrie

Etwa drei Viertel der weltweit tätigen Bergbauunternehmen haben ihren Hauptsitz in Kanada, darunter der größte Goldkonzern der Welt, Barrick Gold Corporation. Kanadische Konzerne betreiben mehr als 8.000 Minen in mehr als 100 Ländern.⁸⁸ Die Hauptzielländer liegen zwar in Lateinamerika und Afrika, aber 2015 waren auch in Europa 63 kanadische Bergbaukonzerne aktiv. In Portugal, Spanien und Finnland besitzen sie Vermögenswerte in Höhe von jeweils über einer Milliarde kanadischer Dollar.⁸⁹

Bei verschiedenen Bergbauprojekten kanadischer Unternehmen sind schwere Menschenrechtsverletzungen verbreitet, gut dokumentiert und systemisch: Vergewaltigung, Mord, Prügel, Zwangsvertreibung, Morddrohungen, Umweltschädigung, die die Lebensgrundlage der Bevölkerung zerstört – es gibt kaum eine Form von Gewalt, über die noch nicht berichtet wurde. Laut Human Rights Watch sind „die negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte durch kanadische Bergbaufirmen insgesamt enorm“.⁹⁰

Kanadische Bergbaukonzerne gehören zu den übelsten weltweit, wenn es darum geht, Regierungen im Rahmen von Investor-Staat-Klagen wegen Umweltschutz-Maßnahmen zu attackieren: 62 Prozent der 55 Investor-Staat-Klagen, an denen bis 2015 ein kanadischer

Investor beteiligt war, bezogen sich auf den Rohstoff- oder Energiesektor. In 58 Prozent der Fälle wurden Ressourcenmanagement- oder Umweltschutzmaßnahmen angefochten.⁹¹

Die kanadische Regierung wird beschuldigt, Bergbaukonzerne, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, zu unterstützen und finanzieren – anstatt sie zur Verantwortung zu ziehen. Human Rights Watch zufolge, hat es die Trudeau Regierung ebenso wie vorherige Regierungen versäumt, kanadische Konzerne im Ausland im Hinblick auf die Einhaltung von Menschenrechten zu überprüfen und zu regulieren.⁹²

Das kanadische Handelsregime wurde in den letzten Jahren aggressiv ausgeweitet und hat kanadischen Bergbauunternehmen mehr Möglichkeiten eröffnet, neue Wachstumsmärkte zu erschließen.

Kanadischer Bergbauverband (Mining Association of Canada)⁹³

sind in der EU schon an zahlreichen strittigen Projekten beteiligt.⁷⁸ Es ist daher kein Wunder, dass die Bergbau-Industrie CETA als „bahnbrechendes“ Abkommen „mit weitreichenden Auswirkungen für Bergbauunternehmen“ feiert.⁷⁹

Die wohl herausragendste Neuerung im EU-Kanada-Abkommen CETA für Bergbauunternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks ist die Einführung von Investor-Staat-Klagerechten.⁸⁰

Bergbau-Publikation *Mineweb*

MIT CETA KLAGEN

Gabriels Klage zeigt, wie Konzerne die Rechte ausländischer Investoren in bestehenden Investitionsverträgen nutzen, um Entschädigungen in Milliardenhöhe zu fordern (siehe Box 3 auf Seite 9). Unter dem neuen Namen „Investitions-Gerichtssystem“ (Investment Court System, kurz ICS) beinhalten EU-Handelsverträge wie CETA weitestgehend dieselben weitreichenden Privilegien für Investoren⁸¹:

- CETA schützt ein breites Spektrum von „Investitionen“, von Markenzeichen bis Staatsschulden. Das Abkommen schützt ausdrücklich „ein Interesse, das sich ergibt aus“ Konzessionen oder ähnlichen Verträgen, „beispielsweise für die Aufsuchung, Bewirtschaftung, Gewinnung oder Nutzung natürlicher Ressourcen“ (Artikel 8.1). Kurz gesagt: eine Lizenz wie die von Gabriel;
- CETA enthält breit gefächerte und ungenau definierte Privilegien für Investoren wie die „gerechte und billige Behandlung“ (Artikel 8.10). Damit ist weitreichenden Investor-Staat-Klagen Tür und Tor geöffnet;
- CETA schützt explizit die „berechtigte Erwartung“ eines Investors (Artikel 8.10.4). Gabriels Argument, dass zahlreiche Aktionen rumänischer Behörden Erwartungen geweckt hätten, die Mine erschließen zu können,⁸² aber später aber enttäuscht wurden, könnte auch auf Basis von CETA gemacht werden;
- Diverse Ausnahmen und Spezifikationen im CETA, wie beispielsweise ein Anhang, der angeblich Maßnahmen im Gemeinwohl-Interesse vor

Enteignungsklagen schützt (Anhang 8A, beinahe eine Kopie des Anhangs B im kanadisch-rumänischen Investitionsvertrag⁸³), sind ungenau formuliert und lassen viel Interpretationsspielraum. Die Beweislast liegt bei den Regierungen, die zeigen müssen, dass eine Maßnahme „entwickelt und angewandt“ wurde, um „legitime“ und nicht etwa „übertriebene“ Ziele zu erreichen. Argumente im Stil von Gabriel, dass bestimmte Regierungs-Handlungen „ungerechtfertigt“⁸⁴, „missbräuchlich und willkürlich“⁸⁵ waren, könnten die Ausnahme-Formulierungen leicht umschiffen.

- Die Möglichkeit von Entschädigungen für entgangene, erwartete zukünftige Gewinne ist nach wie vor in CETA enthalten und ermöglicht Forderungen wie Gabriels exorbitante Schadenersatzforderung in Höhe von vier Milliarden US-Dollar für eine nie in Betrieb gegangene Mine.



Die Menschen in Roşia Montană leisten weiter Widerstand: „Dieses Grundstück ist nicht zu verkaufen“.

Foto: Stephanie Danielle Roth

- Investor-Staat-Klagen auf Basis von CETA würden von einem Schiedsgericht aus drei kommerziellen Schiedsrichter*innen entschieden. Im Unterschied zu Richter*innen bekämen sie kein festes Gehalt, sondern würden mit Tagessätzen von 3.000 US-Dollar pro Verfahren entlohnt (Artikel 8.27.14, der auf die Standard-Vergütung bei Investitionsschiedsverfahren verweist). In einem einseitigen System, bei dem nur Investoren klagen können, entsteht somit ein starker Anreiz, auch in deren Interessen zu entscheiden – denn solange sich das System für Investoren auszahlt, bedeuten mehr Klagen auch mehr Geld für die Schiedsrichter*innen.

Normalerweise würde man erwarten, dass jemand, der in ein Land geht, um dort Geld zu verdienen, sich auch der Rechtsprechung dieses Landes unterwirft. Investoren wollen aber ihre eigenen Gerichte haben. Das ist ein Frontalangriff auf die Rechtsstaatlichkeit.

Alfred de Zayas, UN-Experte zur Förderung einer Demokratischen und Gerechten Internationalen Ordnung⁸⁷

Wir wissen natürlich nicht, wie eine zukünftige Klage im Stil Gabriels gegen die EU oder einen EU-Mitgliedstaat entschieden würde. Die Investoren-Rechte im CETA und anderen EU-Handelsverträgen machen aber eindeutig den Weg frei ähnliche Konzernklagen in Milliardenhöhe.⁸⁶

RETTET ROŞIA MONTANĂ!

Europaweit gibt es massiven Widerstand gegen CETA und andere EU-Handelsverträge – und die Privilegien für ausländische Investoren stehen im Zentrum der Kritik. Rekordverdächtige 3,5 Millionen Menschen haben eine Petition gegen CETA und TTIP unterzeichnet.⁹⁴ Gewerkschaften, Verbraucher-, Gesundheits- und Umweltorganisationen sowie kleine und mittelständige Unternehmen lehnen die Abkommen ebenfalls ab.⁹⁵ Über 2.100 Kommunal- und Regionalregierungen haben sich zu TTIP/CETA-freien Zonen erklärt, häufig in parteiübergreifenden Resolutionen.⁹⁶ Jurist*innen und diverser Richtervereinigungen haben sich ebenfalls gegen die Sonder-Klage-Rechte für Investoren ausgesprochen.⁹⁷

Gabriel versucht, die Menschen in Rumänien dafür zahlen zu lassen, dass sie die Politik dazu gedrängt haben, das Richtige zu tun.

Claudia Ciobanu, rumänische Journalistin⁹⁸

Es ist nicht verwunderlich, dass sich die Kampagne „Save Roşia Montană!“ angesichts der Erfahrungen mit Gabriel stark gegen TTIP und CETA engagiert und sich für ein Ende der TTIP-Verhandlungen und gegen die Ratifizierung von CETA durch Rumänien und andere EU-Mitgliedstaaten ausgesprochen hat. Die Kampagne braucht jedoch auch internationale Unterstützung, um Gabriel Resources unter Druck zu setzen, seine Finger ein für alle Mal von Roşia Montană zu lassen – und um Druck auf die rumänische Regierung auszuüben, um Gabriels skandalöse Klage entschlossen zu verteidigen und sich ihr nicht zu beugen. Außerdem muss die Regierung gezwungen werden, die Menschen in Rumänien umfassend über das Verfahren zu informieren. Zudem sollte sie Mensch und Umwelt in Zukunft vor zerstörerischen Bergbaupraktiken schützen. Umweltgerechtigkeit beginnt auf kommunaler Ebene – und kann auch eine vollständige Abkehr von der Bergbauindustrie bedeuten.

Um das zu erreichen, braucht Rumänien jedoch zu allererst Schutz vor aggressiven Konzernklagen – so wie viele andere Staaten, die heute ebenfalls in der ISDS-Zwangsjacke stecken.

Es wäre gut, wenn die Firma wegginge. Bis zum letzten Blutstropfen werden wir kämpfen. Wir werden nicht weggehen, egal was passiert.

Jozsefina Vajeda, Bewohnerin von Roşia Montană⁹⁹

WEITERE INFORMATIONEN UNTER
WWW.ROSIAMONTANA.ORG

ENDNOTES

- 1 Salvati Rosia Montana, 'All about Rosia Montana mining project'.
- 2 Europaparlament, 'Entschließung des Europäischen Parlaments vom 5. Mai 2010 zu einem generellen Verbot des Zyanideinsatzes in der Bergbautechnik in der Europäischen Union'.
- 3 UNEP/ OCHA, 'The Cyanide Spill at Baia Mare, Romania. Before, During and After', 2000.
- 4 McCrath, Stephen, 'Rosia Montana and Dirty Politics', *Huffington Post*, 21. Oktober 2013.
- 5 Europaparlament, 'Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Fortschritten Rumäniens auf dem Weg zum Beitritt (KOM(2004)0657 – C6-0151/2004 – 2004/2184(INI))', 16. Dezember 2004.
- 6 Siehe beispielsweise: University of Queensland Centre for Social Responsibility in Mining, 'Social Impacts of Closure of Newmont Waihi Gold operations', Oktober 2009.
- 7 Interviewt für das Video 'In Defence of Life' der Gaia Foundation, 17:47.
- 8 Rosia Montana in Patrimoniul Mondial, UNESCO, 'Outstanding Universal Value – criteria'.
- 9 Rosia Montana in Patrimoniul Mondial, UNESCO, 'Protection and management'.
- 10 'Statement by the Romanian Academy regarding the Rosia Montana mine proposal', 27. Februar 2006.
- 11 Salvati Rosia Montana, 'All about Rosia Montana mining project'.
- 12 Harosa, Liviu Marius et. al.: 'Analysis of the draft law to permit the Rosia Montana mining proposal', Oktober 2013.
- 13 Besliu, Raluca, 'The Arab Spring, the Turkish Summer, The Romanian Autumn': Romanian protests as a model of peaceful demonstration', *CNN iReport*, 6 September 2013.
- 14 Victoria Stoiciu, Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung, zitiert in: 'Mass protests in Romania join 'Balkan-wide wave'', *Hurriyet Daily News*, 15. September 2013.
- 15 Interviewt für das Video 'In Defence of Life', 22:16.
- 16 'Statement by the Romanian Academy regarding the Rosia Montana mine proposal', 27. Februar 2006.
- 17 Academia de Studii Economice, 'Adevărul despre proiectul Roșia Montană', 14. Juni 2010.
- 18 Uniunea Arhitecților din Romania, 'Poziția UAR privind proiectul Rosia Montana Gold Corporation', 30. November 2010.
- 19 Pressemitteilung: 'News Release. Romania's Latest Gabriel Resource Rebel: The Orthodox Church', 12. November 2003.
- 20 'Romanian Gold-Mine Loan Blocked by World Bank Chief', *Wall Street Journal*, 11. Oktober 2002.
- 21 Rumänisches Parlament, 'Proiect de Lege privind unele măsuri aferente exploataării minereurilor auro-argentifere din perimetrul Roșia Montană și stimularea și facilitarea dezvoltării activităților miniere în România'.
- 22 Ministerul Culturii, 'Lista Monumentelorice 2015'.
- 23 Popescu, Daniel, 'Ministrul Alexandrescu: Am înscris Roșia Montană în Lista indicativă pentru Patrimoniul Mondial', *Agerpres*, 5. Februar 2016.
- 24 Mining Watch Romania, 'Romanian Government proposes a ban on cyanide use in mining for the next 10 years', 27. Dezember 2016.
- 25 BeyerleShaazka/ Oteanu, Tina: 'How Romanian People Power Took On Mining and Corruption', *Foreign Policy Magazine*, November 2016.
- 26 Ibid.
- 27 Manea, Alexandra, 'The Gold War of Romania: Sustainable Development or Irreversible Damage?', *Sustainable Development Law & Policy* 14:3, 2014, 23-34, S. 28.
- 28 Ibid., S. 25f.
- 29 McCrath, Stephen, 'Rosia Montana and Dirty Politics', *Huffington Post*, 21. Oktober 2013.
- 30 Ibid.
- 31 'CNA a decis sa intrerupa campania publicitara TV pentru Rosia Montana', *EcoMagazin*, 15. Oktober 2013.
- 32 McCrath, Stephen, 'Rosia Montana and Dirty Politics', *Huffington Post*, 21. Oktober 2013.
- 33 Interviewt für den Film 'Rosia Montana, town on the brink' von Fabian Daub, 12:30.
- 34 Gabriel Resources Ltd. and Gabriel Resources (Jersey) v. Romania (ICSID Case No. ARB/15/31).
- 35 Zitiert in: Koven, Peter, 'Gabriel Resources CEO threatens legal action of Romania rejects Rosia Montana gold mine', *Financial Post*, 11. September 2013.
- 36 Zitiert in: Pressemitteilung von Alburnus Maior, 'Gabriel Resources starts to lose everything at Rosia Montana: the environmental permit for the industrial area's urban plans was suspended', 21. September 2015.
- 37 Corporate Europe Observatory/Transnational Institute, 'Profit durch Unrecht: Wie Kanzleien, SchiedsrichterInnen und Prozessfinanzierer das Geschäft mit dem Investitionsschutz befeuern', 2012, Kapitel 4.
- 38 Siehe: Van Harten, Gus, 'Arbitrator Behaviour in Asymmetrical Adjudication: An Empirical Study of Investment Treaty Arbitration', *Osgoode Hall Law Journal* 50.1 (2012), 211-268; Van Harten, Gus, 'Arbitrator Behaviour in Asymmetrical Adjudication (Part Two): An Examination of Hypotheses of Bias in Investment Treaty Arbitration', *Osgoode Hall Law Journal* 53.2 (2016), 540-586.
- 39 Eine Auswahl von Fällen findet sich auf der Website der ISDS platform.

- 40 Stiglitz, Joseph: 'Developing countries are right to resist restrictive trade agreements', *The Guardian*, 8. November 2013.
- 41 UNCTAD, 'World Investment Report 2016', S. 104ff; siehe auch UNCTAD's Investment Dispute Settlement Navigator (besucht am 6. Februar 2017).
- 42 50 der 216 am 6. Februar anhängigen Verfahren bezogen sich auf den Öl-, Gas- und Bergbausektor. Siehe Website des ICSID.
- 43 Gus Van Harten, 'Who was awarded compensation in past ISDS awards?', 2015.
- 44 Matthew Hodgson, 'Counting the Costs of Investment Treaty Arbitration', *Global Arbitration Review*, 24. März 2014.
- 45 Sebastian Perry, 'The cost of Yukos', *Global Arbitration Review*, 29. Juli 2014.
- 46 Pressemitteilung von CIEL und Alburnus Maior, 'Romania's government agrees to a complete lack of transparency in the Rosia Montana arbitration case', 6. Oktober 2016.
- 47 Gabriel Resources Ltd. and Gabriel Resources (Jersey) v. Romania (ICSID Case No. ARB/15/31).
- 48 Gabriel Resources, 'Pressemitteilung: 'Closing of Private Placement'', 14. Juli 2016.
- 49 Strickler, Andrew, '\$1.4B Arbitration Windfall A Beacon For Private Funders', *Law360*, 5. Mai 2016.
- 50 Corporate Europe Observatory/Transnational Institute, 'Profit durch Unrecht: Wie Kanzleien, SchiedsrichterInnen und Prozessfinanzierer das Geschäft mit dem Investitionsschutz befeuern', 2012, Kapitel 5.
- 51 Anwalt und Rechtsberater Peter Griffin, zitiert in: Hamby, Chris, 'How Big Banks Bled A Tiny Island Nation', *Buzzfeed News investigation*, 31. August 2016.
- 52 Keenlyside, Paul, 'When You Thought Trade Deals Could Not Get Any Worse – Enter Wall Street', 16. December 2016.
- 53 Gabriel Resources, Pressemitteilung: 'Corporate Update – Romania Reverses its Prior VAT Assessment/ Arbitration Progress', 27. September 2016.
- 54 Eine ausführliche Zusammenfassung des Falls findet sich in: Nathalie Bernasconi-Osterwalder & Rhea Tamara Hoffmann, 'Der deutsche Atomausstieg auf dem Prüfstand eines internationalen Investitionsschiedsgerichts?', *PowerShift und Forum Umwelt und Entwicklung*.
- 55 Transnational Institute, 'The case of Newmont Mining vs Indonesia', 12. November 2014.
- 56 Liz Tout, Michelle Bradfield und Lucille De Silva, 'The latest renewables claim: Abengoa's subsidiary launches investment treaty proceedings against Spain', *Lexology*, 29. November 2013.
- 57 Gabriel Resources, 'Projects: Rosia Montana', besucht am 6. Februar 2017.
- 58 Gabriel Resources, 'The Rosia Montana Gold & Silver Project: A Project for Romania', Präsentation auf der BMO Capital Markets 24th Global Metals & Mining Konferenz, Februar 2015.
- 59 Gabriel Resources, 'Third Quarter Report 2015', S.3.
- 60 Hamby, Chris, 'The Secret Threat That Makes Corporations More Powerful Than Countries', *Buzzfeed News investigation*, 31. August 2016.
- 61 Gabriel Resources, 'Annual Information form of Gabriel Resources LTD for the year ended December 31, 2015', 29. März 2016, S.9.
- 62 Ibid., S.5.
- 63 Gabriel Resources, Pressemitteilung: 'Gabriel files for international arbitration against Romania', 21. Juli 2015, S.3.
- 64 Ibid.
- 65 Ibid., S.2.
- 66 Gabriel Resources, Pressemitteilung: 'Gabriel Seeks Amicable Resolution of Mining Dispute', 20. Januar 2015.
- 67 Gabriel Resources, Pressemitteilung: 'Corporate Update – Romania Reverses its Prior VAT Assessment/ Arbitration Progress', 27. September 2016, S.2.
- 68 Gabriel Resources, 'Annual Information form of Gabriel Resources LTD for the year ended December 31, 2015', 29. März 2016, S.8.
- 69 Gabriel Resources, Pressemitteilung: 'Gabriel Seeks Amicable Resolution of Mining Dispute', 20. Januar 2015.
- 70 Gabriel Resources, 'Annual Information form of Gabriel Resources LTD for the year ended December 31, 2015', 29. März 2016, S.5.
- 71 Ibid.
- 72 Ibid., S.10.
- 73 Ibid., S. 7, 10.
- 74 Ibid., S.10.
- 75 Zitiert in: Reguly, Eric, 'Gabriel threatens Romania with billion-dollar lawsuit', *The Globe and Mail*, 11. September 2013.
- 76 'Juristische Stellungnahme über Investitionsschutz und Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen im Rahmen von TTIP und CETA', 17. Oktober 2016.
- 77 Public Citizen, 'Tens of Thousands of U.S. Firms Would Obtain New Powers to Launch Investor-State Attacks against European Policies via CETA and TTIP', S.1.
- 78 Corporate Europe Observatory und andere, 'Verkaufte Demokratie', September 2016, S.8.
- 79 Keen, Kip, 'Landmark Canada/EU trade agreement could have major implications for miners', 23. Oktober 2013.
- 80 Ibid.

- 81 Zur Analyse des EU-Ansatzes zum Investitionsschutz siehe beispielsweise: Corporate Europe Observatory et. al., 'The Zombie ISDS. Rebranded as ICS, rights of corporations to sue states refuse to die', Februar 2016; Gus van Harten, 'Key flaws in the European Commission's proposal for foreign investor protection in TTIP', Osgoode Legal Studies Research Paper No. 16/2016; PowerShift u.a., 'Das Investitionsschutz-Kapitel im EU-Kanada-Freihandelsabkommen (CETA): Eine kritische Analyse', Februar 2016.
- 82 Gabriel Resources, 'Annual Information form of Gabriel Resources LTD for the year ended December 31, 2015', 29. März 2016, S.8.
- 83 'Agreement between the Government of Romania and the Government of Canada for the Promotion and Reciprocal Protection of Investments', 2009.
- 84 Gabriel Resources, 'Annual Information form of Gabriel Resources LTD for the year ended December 31, 2015', 29. März 2016, S.8.
- 85 Gabriel Resources, Pressemitteilung: '2016 Third Quarter Report', 8. November 2016, S.2.
- 86 Siehe auch: Transnational Institute et. al., 'Investment Court System put to the test. New EU proposal will perpetuate investors' attacks on health and environment', April 2016. Eine deutsche Zusammenfassung gibt es unter dem Titel 'Das Investitionsgerichtssystem (ICS) auf dem Prüfstand'.
- 87 Zitiert in: van der Wolf, Marthe, 'Secret Arbitration System Affecting Romanian Community', *VOA News*, 6. Oktober 2013.
- 88 MiningWatch Canada, <http://miningwatch.ca/>.
- 89 National Resources Canada, 'Canadian Mining Assets (CMA) by Country and Region, 2014 and 2015'.
- 90 Human Rights Watch, 'World Report 2017. Events of 2016. Canada', 2017.
- 91 Canadian Centre for Policy Alternatives, 'A Losing Proposition. The Failure of Canadian ISDS Policy at Home and Abroad', August 2015, S.6.
- 92 Human Rights Watch, 'World Report 2017. Events of 2016. Canada', 2017.
- 93 The Mining Association of Canada, 'Facts and Figures of the Canadian Mining Industry', February 2016, S.75.
- 94 'Interactive map of the European Initiative against TTIP and CETA', besucht am 7. Februar 2017.
- 95 Siehe beispielsweise: 'Civil society groups call on European governments to reject the CETA agreement', 22. September 2016; 'Joint Canadian Trade Union statement on CETA', 15. September 2016; 'Small and medium-sized enterprise from across Europe call on European governments to reject the CETA agreement', 23. September 2016.
- 96 'TTIP free zones Europe', besucht am 7. Februar 2017.
- 97 Siehe beispielsweise: 'Juristische Stellungnahme über Investitionsschutz und Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen im Rahmen von TTIP und CETA', 17. Oktober 2016; Deutscher Richterbund, 'Stellungnahme zur Errichtung eines Investitionsgerichts für TTIP', Februar 2016.
- 98 Ciobanu, Claudia, 'Rosia Montana, an omen for TTIP', *Euractiv*, 27. Juli 2015.
- 99 Interviewt für den Film 'Rosia Montana. Dorf am Abgrund' von Fabian Daub, 1:07:18.
- 100 Roth, Stephanie Danielle und Maier, Jürgen, 'Silence is Golden', 28. November 2016.

Das ist die Geschichte eines Dorfs, das sich entschlossen hat, sich vom Fluch des Goldes zu befreien und ein ganzes Land inspiriert hat, es dabei zu unterstützen. Die Geschichte ist aber noch nicht zu Ende – trotz unwiderruflicher Gerichtsurteile, Beweisen für Korruption, zahlreichen Expertengutachten und einem beispiellosen öffentlichen Widerstand.

Aktivist*innen Stephanie Danielle Roth & Jürgen Maier¹⁰⁰



Corporate Europe Observatory (CEO) setzt sich mit Recherchen und Kampagnen dafür ein, den privilegierten Zugang von Konzernen und ihren Lobbygruppen zur europäischen Politik und ihren Einfluss auf EU-EntscheidungsträgerInnen offenzulegen und zurückzudrängen. CEO arbeitet dabei eng mit Organisationen und sozialen Bewegungen in und außerhalb von Europa zusammen, um gemeinsam Alternativen zur neoliberalen Globalisierung zu entwickeln.

www.corporateeurope.org



The Independent Center for the Development of Environmental Resource (CIDRM) wurde von einer Gruppe von Fachleuten für Kommunikation, Rechtsfragen, Design und Biodiversität gegründet, die sich zum Ziel gesetzt haben, Basisbewegungen in Rumänien dabei zu unterstützen, sich gegen große, zerstörerische Industrieprojekte zu wehren.



Mining Watch Romania ist ein Netzwerk von Organisationen, die Kommunen vor Ort bei ihren Bemühungen unterstützen, zerstörerische, große Bergbauprojekte zu verhindern. Mining Watch überprüft und analysiert geplante Bergbauprojekte und betreibt Lobbyarbeit, damit Gemeinden ihre Bedenken bezüglich zukünftiger Entwicklungen selbst einbringen können.

www.miningwatch.ro



Alburnus Maior ist eine Nichtregierungsorganisation in Roșia Montană. Sie wurde 2000 von lokalen Grundbesitzer*innen aus Roșia Montană und Bucium, einer Nachbarkommune, gegründet. Sie wehren sich dagegen, ihren Besitz wie Land und Häuser zu verkaufen, um für das Bergbauprojekt Platz zu schaffen. Die nationale und internationale Kampagne stützt sich auf den Widerstand vor Ort und lehnt das Bergbauprojekt aus ökologischen, sozialen und ökonomischen Gründen ab. Alburnus Maior wehrt sich auch gegen die Zerstörung eines einzigartigen Kulturerbes.

www.rosiamontana.org



PowerShift ist eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Berlin. Die Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Handels- und Investitionspolitik, Rohstoffe sowie Klima- und Energiefragen, in denen sich PowerShift für mehr soziale und ökologische Gerechtigkeit einsetzt. Durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Forschung und politische Aktivitäten möchte PowerShift zu einer globalen Energiewende sowie gerechteren weltwirtschaftlichen Beziehungen beitragen.



Forum Umwelt und Entwicklung

Das **Forum Umwelt und Entwicklung** koordiniert die Aktivitäten deutscher Nichtregierungsorganisationen in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Eine der Hauptaufgaben des Forums ist es, der deutschen Öffentlichkeit den Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung zu verdeutlichen. Das geht einher mit der Bemühung, für eine Änderung der verschwenderischen Wirtschafts- und Lebensweise in den industrialisierten Ländern einzutreten.